

Linke Liste Wiesbaden



Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

1. Mai 2010

Tariftreue für die Stadt Wiesbaden verbindlich!

Linke Liste freut sich über ersten Teilerfolg

Wer als Firma mit der Stadt zusammenarbeitet, muss geltende Tarifverträge einhalten.

Das musste Hochbaudezernentin Rita Thies (Grüne) in der letzten Stadtverordnetenversammlung auf Anfrage des Stadtverordneten Veit Wilhelmy (Linke Liste) klar stellen.

Auch Personaldezernent Detlev Bendel (CDU) musste sich in der anschließenden aktuellen Stunde des Stadtparlamentes zum Thema politisch bewegen. Er sagte zu, dass die Verwaltung Hinweisen wegen Tarifuntreue nachgehen werde. Wie kam es zu den überraschenden und positiven Bekenntnissen des Magistrats zur Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden?

Wilhelmy hatte sich bei seiner Anfrage auf Medienberichte bezogen, wonach einige von der Stadt beauftragte Reinigungsfirmen u.a. nicht den

tariflichen Mindestlohn von 8,40 Euro bezahlen. Mindestens 50 Prozent der beauftragten Reinigungsfirmen zahlen weniger als den Mindestlohn, sagte der von der SPD zur Linken Liste gewechselte Stadtverordnete und IG BAU-Gewerkschaftssekretär Veit Wilhelmy in der Debatte im Parlament.

Viele Putzfrauen erhalten kein zusätzliches tarifliches Urlaubsgeld und bekommen keine Überstunden vergütet, erklärte Wilhelmy und berief sich auf eigene Recherchen in 40 Gebäuden, z.B. in Schulen.

Die Reinigungsfirma Piepenbrock beispielsweise musste einräumen, dass der zum 1. Januar 2010 vereinbarte Tariflohn von 8,40 Euro die Stunde anfangs nur an Gewerkschaftsmitglieder ausgezahlt worden ist. Nicht-Gewerkschaftsmitglieder erhalten den Mindestlohn erst seit dem März 2010.

Flankiert wurde das Thema im Stadtparlament durch ein Flugblatt der Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU). Dort wurde u.a. folgendes problematisiert:

„Die Landeshauptstadt Wiesbaden vergibt öffentliche Aufträge an Reinigungsunternehmen. Leider halten sehr viele Reinigungsfirmen die geltenden Tarifverträge nicht oder nicht vollständig ein.

Dies bedeutet für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass das Einkommen durch Unterlaufen von Tarifverträgen nicht ausreicht, um davon seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Viele ArbeitnehmerInnen (die meisten sind Frauen) müssen deshalb ergänzende staatliche Hilfe (z.B. ALG II) zum Aufstocken beantragen. Dies kann nicht im Interesse der Landeshauptstadt Wiesbaden als öffentlicher Auftragsgeber sein!

Tariftreue Firmen der Gebäudereinigung verlieren durch den Wettbewerbsnachteil nach und nach Aufträge der Stadt Wiesbaden. Dies führt wiederum dazu, dass die bisher tariftreuen Firmen ebenfalls

Veit Wilhelmy, Stadtverordneter der Fraktion Linke Liste Wiesbaden



Wer als Firma mit der Stadt Wiesbaden zusammenarbeitet, muss geltende Tarifverträge einhalten ...

Seiten 1/2

Die Wiesbadener Verwaltung und das Sozialgeheimnis – wir dokumentieren Skandale bei der Briefzustellung

Seite 2

Geno50 und Asbest: Eine endlose Geschichte von Gesundheitsgefährdung und Verschleierung ...

Seiten 3/4

Herr Goßmann, Hartz IV und die Optionskommune

Seite 4

anfangen tarifliche Leistungen zu unterlaufen. Hier muss dringend etwas seitens der Stadt Wiesbaden unternommen werden.

Wir fordern Sie hiermit freundlich aber drängend auf, öffentliche Aufträge nur noch an Reinigungsfirmen zu vergeben, die die geltenden Tarifverträge einhalten.

Wir fordern Sie ebenfalls auf, sich für ein Tariftreuegesetz auf der Ebene des Landes Hessen einzusetzen, das gegenüber der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes konform ist.“

Hochbaudezernentin Rita Thies (Grüne) sagte, dass Bieter für öffentliche Aufträge der Stadt eine Erklärung zur Tariftreue abgeben müssen. Thies wörtlich: „In den Verträgen der Landeshauptstadt Wiesbaden hat der Bieter [...] eine

Erklärung abzugeben, wonach er sich verpflichtet, die jeweiligen Rahmen-, Lohn und Mindestlohnverträge [...] einzuhalten. Dem Bieter ist bewusst, dass bei Abgabe einer Falschen Erklärung der Vertrag fristlos gekündigt wird.“

Die Linke Liste freut sich über den parlamentarischen Erfolg der Klarstellung und der verbindlichen Zusage zur generellen Tariftreue in Wiesbaden. Diese politische Festlegung ist nun öffentlich und die Dezernenten stehen nun im Wort. An diesem Beispiel kann aufgezeigt werden, dass auch eine kleine Opposition mit Unterstützung durch außerparlamentarische Gruppen (in diesem Fall der IG BAU) und öffentlichem Druck durch die Berichterstattung der örtlichen Zeitungen einiges bewegen kann. Wir bleiben dran!

Die Stadt Wiesbaden und eine weitere Episode zum Thema Sozialgeheimnis



Wo überall Briefe abgelegt wurden ...

Bereits in der letzten Fraktionsinfo berichteten wir über den Umgang der „Optionskommune“ Wiesbaden mit dem Sozialgeheimnis. Schon damals stellten wir fest: Mit der Wahrung von Sozialdaten nimmt es die Stadt nicht so genau – obwohl das Sozialgeheimnis in seiner Wichtigkeit auf der gleichen Stufe wie das Steuergeheimnis rangiert.

Im März deckte die Linke Liste nun einen weiteren Skandal auf: Statt ordnungsgemäß in Briefkästen, wurden mehrere Briefe des Amtes für soziale Arbeit auf Fensterbänken oder an Türrahmen gelehnt deponiert – für jede/n abgreifbar [siehe Fotos]. Für Nachbarn ist ersichtlich, dass die betreffende Person Sozialleistungen bezieht. Ein Brief wurde Tage später sogar im Straßenschmutz entdeckt. Verantwortlich ist der Postdienstleister TNT – seit kurzem von der Stadt Wiesbaden mit dem Versand von städtischer Post beauftragt.

Die Linke Liste hat die Datenschützer der Stadt Wiesbaden und des Landes Hessen eingeschaltet. Erste Reaktion: „Natürlich dürfen Briefe nicht auf Treppen oder Fensterbänken deponiert werden. Ein solches Vorgehen ist selbstverständlich nicht zu akzeptieren.“

Stadtspitze und TNT weisen die Schuld weit von sich: Vertraglich vereinbart sei selbstverständlich eine ordnungsgemäße Zustellung, und wenn es zu solchen Pannen gekommen sei, seien dies lediglich Einzelfälle. Die Zusteller würden selbstverständlich dafür zur Rechenschaft gezogen – jene Zusteller, die bekanntermaßen bei dieser Firma mit Dumpinglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen konfrontiert sind. Ein Bauernopfer wird schnell gefunden sein.

Neben der Tatsache, dass Betroffene unfreiwillig geoutet werden, kann ein nicht zugestellter Brief auch schlimme Folgen haben: Erscheint jemand nicht zu einem Termin oder hält eine Frist nicht ein, werden die Leistungen sofort gekürzt. Eine Aufklärung, dass eine eidesstattliche Versicherung über den Nichterhalt des Briefes ausreicht, um einer Sanktion zu entgehen, findet nicht statt.

Haben auch Sie von der Stadt Post nicht erhalten? Melden sie sich bei uns – wir kümmern uns darum!



Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

Die Geno50 hat jetzt endlich fertig ...

... „geno-viert“ (Sie wissen schon – das ist Geno-Deutsch für „renoviert“): Die in den sechziger Jahren erstellten Gebäude der Schiersteiner „Zehntenhof-Siedlung“ (geno-deutsch „Wohnpark Zehntenhof“) in Neckar-, Mosel- und Wupperstraße der „Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft Wiesbaden 1950 eG (Geno50)“ sollten bekanntlich einer „zeitgemäßen und ökologisch durchdachten Modernisierung“ unterzogen werden, um endlich „hinter der Fassade viel Qualität“ zu schaffen, sodass die „moderne Hülle nichts mehr mit dem zu tun hat, was dort vorher stand“.

Dagegen hätten wir auch nichts einzuwenden gehabt, überhaupt nichts! Wenn ... ja, wenn das auch tatsächlich so gemacht worden wäre ... Aber leider ist es das nicht! Stattdessen wurden gefährliche Altlasten flächendeckend in Mauerwerk und Putz belassen: Asbest in verschiedener Form! Das weiß auch die Geno50 spätestens nach entsprechender Meldung im Wiesbadener Tagblatt vom 29. Juli 2009, reagiert aber darauf wie ein trotziges Kind: Eine fahrlässig-miese Schweinerei?

Dumm für Bewohner und Besucher ist nämlich, dass Asbest stark gesundheitsschädlich ist! Vor allem, wenn man an asbesthaltigen Materialien in irgendeiner Form kratzt, bohrt, schabt oder sonstwie hantiert und dadurch zwangsläufig den dann entstehenden Staub einatmet. Man muss zwar nicht sofort erkranken, aber die mikroskopisch kleinen Asbestteilchen setzen sich rasch in der Lunge fest und erzeugen dort auch noch nach vielen Jahren häufig Krebs: Wofür dann noch nicht einmal die gesetzliche Unfall-Versicherung zahlt, da der Krebs nach so langer Zeit nicht mehr eindeutig auf eine konkrete Ursache zurückgeführt werden kann ...

Z.B. schreibt Wikipedia: „Beim Umgang mit Asbest und dem Bearbeiten asbesthaltiger Materialien werden Asbestfasern freigesetzt. Mit einer Faserlänge von größer 5 µm und einem Durchmesser von max. 3 µm gelangen Asbestfasern in die Alveolen der Lunge und können schon bei geringer Belastung die so genannte Asbestose auslösen. Makrophagen können die Fasern aufgrund ihrer Länge nicht vollständig umschließen und abtransportieren. Das feinfasrige Material kann sich ins Lungeninterstitium spielen und von dort auch zur Pleura wandern. Die kritische Fasergeometrie ist der Grund für die gesundheitsgefährdende Wirkung. Das Risiko an Lungenkrebs zu erkranken ist erhöht. Die Exposition zusammen mit anderen Schadstoffen kann das Lungenkrebsrisiko noch vergrößern. So ist bei Rauchern das Lungenkrebsrisiko bei Asbestbelastung etwa 10 mal größer als bei Nichtrauchern. Außerdem ist Asbest einer der wichtigsten Auslöser des Pleuramesothelioms, eines Tumors des Bauch- und Rippenfalls.“ (Artikel Wikipedia – 23. April 2010)

Deshalb sollte man vorsorglicher Weise bei handwerklichen Arbeiten z.B. innerhalb betroffener Wohnungen immer Atemschutz tragen und den Staub mit Hilfe von Wasser binden! Aber dazu muss man natürlich erstmal wissen, dass und wo



Asbest in den Wohnungen und Gebäuden verbaut wurde. Genau das aber verschweigt die Geno50!

Wir sind uns der allumfassenden Gegenwart von Umweltgiften sehr bewusst, gerade auch bei der Problematik des Wirtschaftswunder-Bastards Asbest: Wahrscheinlich ist dies auch allen anderen Wohnbau-Genossenschaften intensivst bekannt (zumindest hat die Geno50 sich dort schon mal rumgehört ...) und ebenso sehr, sehr vielen privaten Hausbesitzern! Wir verlangen auch gar nicht den Abriss betroffener Häuser: Das ist nämlich einfach nicht nötig! Es genügen klare Informationen und Verhaltensmaßregeln in Form von Flugblättern, Hinweisschildern, etc. und wir verraten dazu sogar gerne unsere kostengünstige Druckerei!

Aber die Geno50 drückt sich:

- Die Bewohner haben immer noch keine offizielle Unterweisung zum Eigenschutz erhalten!
- Handwerker arbeiten immer noch ohne persönlichen Gesundheitsschutz!
- Vorgesetzte streiten das Vorhandensein von Asbest immer noch ab!
- Entsprechende Fragen werden immer noch abgewimmelt!
- Das gesamte Problem wird immer noch TOTGESCHWIEGEN!

Und das ein geschlagenes Jahr, nachdem die Linke Liste zusammen mit der Partei Die Linke als Einzige ihrer politischen Verantwortung nachkam und auf eigene Kosten den Bewohnerinnen und Bewohnern von Neckar-, Mosel- und Wupperstraße Flugblätter zur Information über die Asbestbelastung in die Briefkästen steckte (wir berichteten in unserer Februar-Ausgabe). Die lokale Presse dagegen – mit der späten(!) Ausnahme des Tagblatt - boykottierte das Thema ebenso wie Parlament und Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden!

Wir haben nicht vor, diesen Skandal auf sich beruhen zu lassen! Die grobe Vernachlässigung von Sicherheits-Maßnahmen gegen den massiv

Unter der schönen Fassade bröckelt der Asbest ...

Wie erreichen Sie die LiLi?

Geschäftsstelle der Fraktion:
Rathaus, Zimmer 305
Telefon (0611) 315426
Fax (0611) 315917
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?:
Mo.–Do.: 10–13 Uhr
Fr.: 10–12 Uhr
Mi.: 16.30–18.30 Uhr
In den Sommerferien
Mo.–Fr. von 10 bis 12 Uhr.

Unsere Postanschrift:
65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Internet:
www.linke-liste-wiesbaden.de
www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de

Diese Zeitung ist kostenlos –
wir freuen uns über Spenden:
Konto 216407023
Mainzer Volksbank (BLZ 551 900 00)

Fraktion Linke Liste Wiesbaden
Ausgabe zum 1. Mai 2010
Gestaltung: Gottfried Schmidt
V.i.S.d.P.: Hartmut Bohrer

LiLi



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

1. Mai 2010

3

es ist es uns nicht möglich, alle Informationen in wünschenswerter Ausführlichkeit in unserer Zeitung darzustellen.

Glücklicherweise gibt es aber das Internet; dort sind u.a. alle unsere Anträge, Anfragen und Beschlüsse im Wortlaut wiedergegeben.

Schauen Sie doch mal rein.

Und ganz besonders freuen wir uns über alle, die an konkreter Mitarbeit interessiert sind: Auch hier hilft das Internet zur Kontaktaufnahme weiter:

www.lili-wiesbaden.de



Jürgen Becker, Stadtverordneter der Linken Liste Wiesbaden; sozialpolitischer Sprecher der LiLi

LiLi



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden

4

1. Mai 2010

gesundheits- und lebensgefährlich hohen Asbestanteil im Gemäuer halten wir für einen Straftatbestand! Denn auch Mieter und Besucher der Geno50 haben ein verbrieftes Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Diverse Promis in verschiedenen Parteien sowie Vorstand und Aufsichtsrat der Geno50 haben guten Grund, so rasch wie möglich für Mieter und Eigentümer der Geno50 in die Gänge zu kom-

Sachlich ...

... solle die derzeitige Sozialstaats-Debatte geführt werden, „nicht nach Westerwelle-Art“, proklamierten Wiesbadens Sozialdezernent Arno Goßmann (SPD) und Wolfgang Werner (Amt für Soziale Arbeit) im Februar im Berliner Kanzleramt und lobten anderthalb Stunden lang die eigene Hartz-IV-Verwaltung in Wiesbaden über den Klee (Wiesbadener Kurier vom 20. Februar 2010).

Leider aber reitet Herr Westerwelle quasi schon seit Jahren durchs Amt für Soziale Arbeit (AfSA): Die tollen Wiesbadener Verhältnisse waren und sind nämlich noch nie so gut gewesen, wie sie gerne von ihren eigentlichen Nutznießern dargestellt werden (s.u.), sondern vielmehr für die Betroffenen oft haarsträubend.

Dass es nämlich in manchen Fällen nur einen Tag brauche, bis jemand seinen Bescheid bekomme, mag dabei noch nicht mal die Unwahrheit sein: Die Betonung liegt ja auf „manchmal“! Und da kommt es halt auch im Gegenzug manchmal vor, dass Betroffene ihren Bescheid erst nach zwei Jahren bekommen: Nennt man das nicht „sozialen Ausgleich“?

„In den allermeisten Fällen dauert es mehrere Monate bis bei Neuanstellung zum ersten Mal Geld fließt“, weiß jedenfalls der Stadtverordnete Jürgen Becker (unser sozialpolitischer Sprecher): „Fest steht, dass eine Optionskommune die Ermessensspielräume, die das Gesetz vorgibt, im Sinne der Betroffenen ausgestalten könnte. Aber leider ist in Wiesbaden das absolute Gegenteil der Fall. Das haben Goßmann und Werner leider verschwiegen.“

Und auch der ehemalige SPDler Veit Wilhelm (jetzt Linke Liste) kennt die Beschönigungen seines ehemaligen „Genossen Vorsitzenden“ und dessen Amtsleiters zur Genüge: „Die Optionskommune ist bundesweit ein gescheitertes Modell und hier in Wiesbaden ist sie besonders schlecht:

men! Allen voran Dr. iur. Horst Schedler als studierter Jurist und ehemaliger Wiesbadener Polizeipräsident (! vom 1. Juni 1985 bis 31. Juli 1987) als nebenamtlicher, sowie Dipl.-Ing Ralf Gerke als hauptamtlicher Vorstand der Geno50!

Übrigens: Wenn Sie von ähnlichen Schandtaten oder -zuständen erfahren: Der (garantiert diskrete) Ombudsmann der Linken Liste Peter Silberstein wartet unter folgender Rufnummer: (0611)9103666.

- Im Schnitt werden pro Jahr bei rund 400 Personen die Leistungen komplett gestrichen (sie müssen mit 0 Euro im Monat auskommen, auch Kosten der Unterkunft werden nicht gezahlt)!
- Die Sanktionsquote liegt bei 4,7 Prozent, d.h., dass Wiesbaden am aggressivsten gegen die Leistungsberechtigten vorgeht (die bundesweite Quote liegt bei 1,9 Prozent).
- Auch die Integrationsquote ist nicht annähernd so gut wie behauptet: Statt 42,5 Prozent gelang es z.B. 2008 tatsächlich nur 4,7 Prozent dem Leistungsbezug zu entfliehen.
- Intransparenz statt Rechtssicherheit: Während die Dienstleistungen für die Arbeitsagentur öffentlich im Internet sind, wird das sogenannte „Wiesbadener Handbuch“ gehütet wie ein Staatsgeheimnis.“

Folgen für die Wirtschaft: Weitere Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit etc., weil kleine und mittelständische Unternehmen nicht mit billigen „Hartz-4-Arbeitskräften“ konkurrieren können. So werden z.B. seit Jahren immer wieder „Hartz-4-Kräfte“ vom Amt für Soziale Arbeit als Hausmeister in Schulen eingesetzt, z.B. Gerhard Zeilinger (richtiger Name ist der Redaktion bekannt): Seine Tätigkeiten waren u.a. im Bereich Gartenbau, Fliesenlegen, Schlosserei und Malerei: „Halt alles, was anstand!“ Und das mit stillschweigendem Einverständnis der jeweiligen Schulen ...

Aber solange es für jeden vermittelten „1-Euro-Jobber“ von der Anstaltsagentur Bundesgelder für die Stadt gibt, ist auch die Wiesbadener 1-Euro-Praxis ein gutes Geschäft auf dem Rücken der Ärmsten unserer Stadt und schön nicht zuletzt die Arbeitslosenstatistik! Daher werden Goßmann und Co diese unfeine Praxis wohl nicht ohne öffentlichen Druck aufgeben!

... bitte, Herr Goßmann!

H
LINKE
WIESBADEN
L
F
E

Die Beratung der Linken Hilfe findet immer dienstags und donnerstags von 10 bis 12 bzw. 10 bis 15 Uhr im Kreisbüro der Partei DIE LINKE, Römerberg 9, statt. Dabei wird auch ein kleines Frühstück angeboten.

Der Treff soll neben der Beratung auch zum Erfahrungsaustausch von Betroffenen dienen.

Näheres auch unter

<http://linkehilfewiesbaden.wordpress.com>